

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Nr. 19978.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gemöliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Die Speisung armer Schulkindern.

II.

Wichtiger ist die Frage nach dem Küchenzettel, auch wenn man nicht, wie in Paris und Brüssel, so weit gehen will, täglich mit den Speisen zu wechseln. Das Beste wird sein, einfache und kräftige Speisen zu wählen, wie sie den Kreisen entsprechen, aus denen die Kinder stammen. In Berlin erhalten die Kinder während der allgemeinen Pause um 10 Uhr Frühstück, zu welcher Zeit auch die übrigen Kinder frühstücken. Es besteht aus Schuppen oder aus mit Schmalz oder Butter gefüllten Schwarzbrotchnitten, daneben Käse, Milch oder Roggennemulspuppen. Dasselbe erhalten die Kinder, welche nüchtern zur Schule kommen. In den Städten Österreich-Ungarns ist die Beköstigung etwas reichlicher; so erhalten, um einige Beispiele anzuführen, die Kinder in Pest Suppe, Gemüse, Fleisch und Brod; in Prag bestehen die Mahlzeiten aus Brod, Fleisch, daneben Gemüse, Reis, Grütze, Erbsen oder Bohnen in zweimäßiger Abwechselung. In Paris lebt man den Kindern stets Suppe, Fleisch und Gemüse vor in täglichem Wechsel der Zusammensetzung. Gens bedenkt die Schulkindern besonders reichlich, während andere schweizerische Städte, wie Basel, Bern u. s. w., Suppe oder Milch und Brod geben. Überall aber wird darauf geachtet, dass die Portionen gut zubereitet und reichlich sind.

Die Zahl der Teilnehmer ist groß. In Berlin werden an 7000 gezählt; in Kopenhagen gibt es von 15 000 Freischülern 5000, die der Speisung bedürftig sind. In Paris wurden im letzten Winter täglich 28 228 Portionen ausgeteilt, davon 12 263 unbezahlte und 15 965 bezahlte. Außerdem zählte man in Wien 3000, in Brüssel 1500, in Basel 850, in Prag 750 u. s. w. Die Kosten einer Mahlzeit schwanken, wenn man Einkäufe im Großen in Rechnung zieht, zwischen 10 und 15 Pfennigen. Für Paris beläuft sich eine vollständige Mahlzeit auf 3 Speisemarken, jede zu 5 Centimes; in Pest wird die Mahlzeit mit 10 Kreuzer berechnet, annähernd ebenso hoch in den übrigen Städten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Aufschuss, den die Stadt Berlin im Winter 1891/92 leistete, belief sich auf 10 583 Mark. Es sind also im ganzen und großen keine unerschwinglichen Summen, welche für die Erweiterung dieser Wohlthat erforderlich sind.

Wenn wir angesichts der bunten Mannigfaltigkeit im einzelnen, der wir begegnen, nach den Grundgedanken fragen, in denen sämmtliche Orte, in denen die Speisung armer Schulkindern eingeführt ist, zusammentreffen, so sind es in der Rücksicht Allenthalben sind diese Einrichtungen zunächst aus der Privatwohlthätigkeit hervorgegangen, haben aber überall da, wo die Mittel nicht ausreichten, bereitwillig aus Gemeindemitteln die erforderlichen Beihilfen erhalten. Zwischen den Kindern, welche die Schule besuchen und im Hause ihrer Eltern weder reichlich noch kräftig ernährt werden können, eine in Qualität und Quantität ausreichende Nahrung zu verschaffen, damit regelmäßiger Schulbesuch erzielt werde und der Unterricht größere Erfolge zeitige, nicht minder aber auch um den allgemeinen Ge-

sundheitszustand zu verbessern, daß man eine Generation schafft, die genügender auf die mühevolle Arbeit, welche die Gesellschaft uns auferlegt, vorbereitet ist.

Allerdings besteht die Einrichtung, wie wir ein- gangs dieser Zeilen bemerkten, erst verhältnismäßig kurze Zeit, immerhin jedoch ist es möglich, zu erfahren, welche Erfolge man mit ihr erzielt hat. Die Berichte, welche wir der fleißigen Arbeit Césars entnehmen, laufen durchweg günstig. Der Gesundheitszustand der schulpflichtigen Jugend hat sich in erfreulicher Weise gehoben, der Schulbesuch ist regelmäßiger geworden, und namentlich wird berichtet, daß die Kinder sich eifriger und freudiger am Unterricht beteiligen und besser als früher forschen.

Schließlich wollen wir noch kurz eines Vortheils gedenken, der den armen Familien zu gute kommt, wenn ihnen die Frage für die Ernährung ihrer schulpflichtigen Kinder abgenommen wird; das, was sie hier sparen, kann dazu dienen, die übrigen Familienglieder besser und kräftiger zu nähren. Das Bedürfnis dieser Fürsorge hat sich, aus ethischen Gründen, namentlich für die Wintermonate herausgestellt. Denn in diesen bedarf der Körper kräftiger Nahrung als in der wärmeren Jahreszeit, während die Arbeitsgelegenheit geringer ist und der Verdienst zu einer entsprechend besseren Beköstigung nicht ausreicht. Aus diesen Gründen hat man sich entschlossen, die Speisung der Schulkindern von Vereinsaufwand auf die Wintermonate zu beschränken. Nunmehr diese Einrichtung einmal getroffen und der Segen, den sie bringt, erkannt ist, steht zu erwarten, daß sie bald allgemeine Verbreitung finden werde. Wenn auch in den Großstädten zunächst die Bedürfnisfrage vorliegt, auch an kleineren Orten wird es an Gelegenheit dazu nicht fehlen.

Billige Arbeit — hoher Lohn.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Theodor Barth hielt am vergangenen Sonnabend in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über das Thema „Billige Arbeit — hoher Lohn“.

Der Redner präzisierte sein Thema noch näher, indem er es in den einleitenden Ausführungen so sah: Billige Arbeit in Folge hoher Löhne. Ein solcher Auspruch möge paradox klingen, und doch sei er eine Wahrheit; freilich eine Wahrheit, die sich erst langsam Bahn breche. Noch im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert sei man der Ansicht gewesen, daß gerade hoher Lohn die Arbeiter faul mache, sie demoralise, und die Arbeit selbst daher zum Schaden aller Theile vertheuere. Erst in späteren Jahren kam auch ein so aufgeklärter Geist wie Franklin zu entgegengesetzter Ansicht, die dann Adam Smith theoretisch festlegte. Unsere Zeit brachte die empirische Unterlage für diese theoretischen Speculationen. Lord Brasen, der Sohn des größten englischen Eisenbahnunternehmers, verwertete die Erfahrungen seines Vaters und stellte fest, daß die Arbeit in der ganzen Welt annähernd gleich thue sei, das heißt bei niedrigen Arbeitslöhnen ist auch das Arbeitsproduct entsprechend minderwertig; bei hohen Arbeitslöhnen entsprechend werthvoller. So ergab sich beispielweise, daß ein hochbezahler englischer Arbeiter in zehn Stunden mehr leistete, als zwei billig bezahlte russische Arbeiter in sechzehn Stunden. Verwandte Untersuchungen wurden dann auch in Deutschland ange stellt, so von Roscher, von Lujo Brentano, von Schulze-

seht nach Petersburg übermittelt worden sind, und zwar mit ausführlichen begründeten Erörterungen versehen. Nach dem Eintreffen dieser Gegenvorschläge in Petersburg und nach ihrer Prüfung dafelbst, werden die russischen Commissarien nach Berlin kommen.

* [Der drohende Conflict im Herzogthum Meiningen] ist durch eine echt constitutionelle Nachgiebigkeit der Regierung glücklich beigelegt worden. Die Regierung verkündet den Etat und das Steuergesetz nach dem Landtagsbeschluss auf das Jahr 1893. Damit ist der Conflict beigelegt.

* [Abgabefreiheit für Salz in der Räucher- und Conserver-Industrie.] Auf Verwendung des deutschen Fischerei-Vereins bei dem preußischen Finanzministerium zum Zwecke einer Änderung in den Bestimmungen über die Besteuerung des in der Conserver- und Räucherindustrie verwendeten Salzes ist von dem Finanzminister nachstehende wichtige Verfügung an die beteiligten Provinzialsteuerdirektionen erlassen worden:

Auf den Bericht vom 28. Oktober erwiedere ich, daß die in der Verfügung vom 14. September 1889 III. 13818 vertretene Auffassung, wonach die im § 20 Jiff. 3 des Salzsteuergesetzes vom 12. Oktober 1867 gewährte Abgabefreiheit für das zum Einsalzen von Heringen und ähnlichen Fischen benötigte Salz nur in denjenigen Fällen anwendbar sei, wo die Fische durch das Einsalzen ohne weiterer Zubereitung zum menschlichen Genuss reif gemacht werden, die Abgabefreiheit aber zu versagen sei, wenn das Einsalzen nur den Zweck hat, die frischen Fische bis zu ihrer späteren Verarbeitung zu konservieren, von mir nicht getheilt wird. Allerdings ist in der dem Gesetze zu Grunde liegenden Uebereinkunft vom 8. Mai 1867 nur von der abgabefreien Verabsolvung von Salz zur Pökeln von Heringen und ähnlichen Fischen und zur Nachpökeln von Heringen die Rede. Diese vom dem Gesetze abweichende Ausdrucksweise findet aber ihre Erklärung darin, daß nach allgemeinem Sprachgebrauche die Bezeichnungen „Pökeln“ und „Einsalzen“ gleichbedeutend sind. Das Pökeln wie das Einsalzen hat lediglich den Zweck, die Fische gegen Fäulniß zu schützen. Der Umstand, daß die gesalzenen Heringe vielfach ohne weitere Zubereitung zum Consum gelangen, nötigt nicht, unter Pökeln bez. Einsalzen im Sinne der Uebereinkunft und des Gesetzes ausschließlich die Herstellung von ohne weiteres genießbaren Pökelheringen zu verstehen. Hätte die Abgabefreiheit des Salzes nur für diesen Zweck des Einsalzens gewährt werden sollen, so hätte dies in dem Gesetze zum Ausdruck kommen müssen. Da dies nicht geschehen ist, auch die Materialien eine solche Absicht nicht erkennen lassen, halte ich es für zulässig, die Abgabefreiheit für Salz zum Einsalzen von Heringen und ähnlichen Fischen auch dann zu gewähren, wenn die Fische demnächst eine weitere Zubereitung durch Räucher- oder Marinieren unterworfen werden sollen.

Der Finanzminister (gez.) Miquel.

Oldenburg, 13. Februar. Wie jetzt bestimmt verlautet, trifft der Kaiser hier am nächsten Sonnabend um die Mittagszeit ein. Der Besuch am großherzoglichen Hofe wird einige Stunden währen.

Wilhelmshaven, 14. Februar. Wie das „D. B. H.“ meldet, sind die Anordnungen zum Kaiserbesuch wie folgt getroffen: Der Kaiser trifft mit dem Prinzen Heinrich am 16. Februar früh auf dem Bahnhof ein, fährt dann sofort zur Bereidigung der Truppen; darauf findet ein Frühstück im Casino statt. Für den Nachmittag ist die Besichtigung von Schiffen angesetzt. Um 6 Uhr ist ein Essen bei dem Viceadmiral Dolos. Der Kaiser übernachtet im Salonwagen und geht am 17. Februar früh mit dem Panzerschiff „König Wilhelm“ nach Helgoland.

Bulgarien.

Sofia, 13. Februar. Die Nachricht von der Verlobung des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Parma hat hier große Begeisterung erregt, die amtliche Bekanntmachung der Verlobung gilt als unmittelbar bevorstehend.

Bon der Marine.

Viel, 13. Februar. Das zum Übungsgeschmader gehörige Panzerschiff „Siegfried“ stellt zufolge Ordre des Ober-Commandos der Marine in diesen Tagen außer Dienst; die Besatzung unter dem Befehl des Corvetten-Capitän Gruner geht auf das neue Panzerschiff „Fritjof“ über, welche zu Probefahrten in Dienst stellt. Später wird der „Siegfried“ wieder dem Geschwader beitreten. Morgen wird das Panzerschiff „Brummer“ als Tender des Artillerie-

schiffes „Mars“ auf die Dauer von 9 Monaten und mit einer Besatzung von 70 Mann in Dienst gestellt. Das Schwesterschiff des „Brummer“, das Panzerschiff „Bremse“, stellt am 15. März zum Schluß der Hochseefischerei in der Nordsee auf die Dauer von 6½ Monaten in Dienst.

Coloniales.

Röhn, 13. Februar. Der „Röhnischen Zeitung“ wird aus Nairobi gemeldet: Dr. Karl Peters, welcher sich auf der Rückreise nach Europa einige Zeit hier aufhielt, wurde heute auf einem Spazierritt von einem von ihm gehenden Pferde durch Ausschlagen am Schienbein so erheblich verletzt, daß er voraussichtlich gezwungen sein wird, um zwei bis drei Monate seinen heimischen Aufenthalt zu verlängern. Das Schienbein soll gebrochen sein.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 14. Februar. Im Reichstage brachte heute bei leeren Bänken die fortgesetzte Staatsberathung wiederum eine lebhafte Agrardebatte.

Abg. v. Manteuffel (cons.) verlangt die endliche Vorlegung der Novelle des Unterstüzungswohnsitzgesetzes, knüpft daran Forderungen auf Einschränkung der Freizügigkeit, Aufhebung des Identitäts-Nachweises und Währungsänderung; er bestreitet das

Wohlwollen der Regierung für die Landwirtschaft, indem er hinweist auf den russischen Handelsvertrag.

Staatssekretär v. Marshall rügt, daß die „Kreuz-Zeitung“ heute der hiesigen russischen Botschaft nachsage, deutschfeindliche Artikel in russischen Blättern zu inspirieren. Das sei eine grobe Verleumdung internationaler Rücksichten; derartige Praktiken seien bisher bei uns nicht üblich gewesen. Die Angelegenheit des russischen Vertrages sei zur Beprechung noch nicht reif. Von der Regierung eine principielle Erklärung zu verlangen, daß sie unseren Conventionaltarif selbst bei Erlangung von Gegencorrelationen nicht zugestehen solle, darauf könne er nur negativ antworten. Ob die Verhandlungen mit Russland ein positives Resultat haben werden, wisse er nicht.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt: Die Novelle zum Unterstüzungswohnsitz sei noch in den Bundesratsausschüssen, stehe aber bereits auf der Tagesordnung des Bundesrates zu Donnerstag; er erhofft die Vorlegung im Reichstage noch in dieser Sessoin.

Abg. Richter (freiz.) vertheidigt die freisinnige Partei gegen die Insinuation des Abg. v. Manteuffel, daß sie der Landwirtschaft feindlich gegenüberstehe; gerade der conservative Schuhkoll und die Prämiopolitik sei eine in ihrer Wirkung der Landwirtschaft feindlich, da sie den Arbeitermangel künstlich vergrößere. Der Redner fädet scharf die Heke gegen Russland.

Abg. Graf Karatz (cons.) führt aus, die Landwirtschaft könne nur gehoben werden durch ein Verlassen der Handelsvertragspolitik, welche die Regierung auf Kosten der Landwirtschaft bevorzugt habe.

Staatssekretär v. Marshall vertheidigt in einer längeren Rede die Handelsverträge als eine unvermeidliche Consequenz der ganzen internationalen wirtschaftlichen Lage seit Februar 1892. Jedes Schutzzollsystem habe seine natürlichen Grenzen an unserem Exportinteresse. Daß bei einem Darniederlegen der Ausfuhr auch die Landwirtschaft nicht gebeite, sollten sich namentlich diejenigen sagen, welche die Aufhebung des Identitätsnachweises verlangen, weil wegen der hohen Zölle die Landwirtschaft nicht mehr auf dem Weltmarkt concurriren könnte. Die Bedeutung der Währungsfrage für die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erkenne er persönlich an, aber deren Regelung sei ein Wechsel auf sehr lange Sicht, dessen Einlösung überhaupt nicht feststehe; jeder Döllkrieg sei nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Frieden durch Tarifverträge. Politische Gründe hätten die Handelsverträge nicht veranlaßt; Thatsache sei aber, daß je mehr die Interessen der Völker durch Wirtschaftsverträge solidarisch wären, desto eher Streit und Krieg vermieden würden. Der Redner schließt: Die hervorgebrachten Verstimmungen würden noch weit

dem der Vorhang endgültig über dem Akte gefallen war.

Dann kehrte er nochmals um, nahm Rabenegg an der Hand und zog ihn auf die Bühne, wo eben schon die Arbeiter die Möbel abtrugen, Fenster und Türen aushängten und mit den langen aus Holz und bemalter Leinwand bestehenden Stücken auf Händen und Schultern die unvorsichtig danebenstehenden um Achtsamkeit und Ausweichen batte.

„Ich will Sie schnell bekannt machen... Fräulein Fritzi... der Autor des „Reihers“, der Ihnen eine pomposé Rolle geschrieben hat, liebe Collegin... So, macht Euch des weiteren allein mit einander bekannt... Aber rasch!... Ich wechsle bloß die Bekleider und erwarte Euch dann, liebe Collegin.“ —

„Warten Sie man nur!“, sagte die jüngste Hoffnung der deutschen Schaubühne, ohne vom Vorhang nach dem Dargestellten und dem Vorstellenden das Gesicht umzumunden, sondern nach wie vor durch ein kleines Loch nach dem Zuschauerraum guckend.

Rabenegg hatte noch immer ihr Gesicht nicht in der Nähe gesehen. Aber die Taille vor ihm war schlank und biegsam, und das Gesicht, in dessen Mitte ein goldgelbes Lächeln tanzte, frisch und appetitlich. Das Haar auf dem Hinterkopf war gerade so aufgesteckt, wie bei der niedlichen Charlottenburgerin und hatte auch dieselbe Farbe... Der Bühnendichter, der seiner Vorstellung nicht froh werden sollte, lächelte, da ihm die kleine Fabrikantentochter schon wieder einfiel, die, ach, so viel bessere Manieren hatte, als dies talentvolle Kind des Vogtlandes.

„Ich habe die Ehre, mein Fräulein“, sagte er lachend. Er wollte nicht länger ihren Hinterkopf studieren.

„Ach, seien Sie doch nicht böse!“ rief die Schauspielerin, ihm nun ein lustiges Stumpfnäschen und zwei rothgesimkte Wangen mit gemalten Augen zukehrend, die ihm gar nicht übel däuchten, wenn sie auch durchaus nicht an die Charlottenburgerin, geschweige gar an andere Leute erinnerten.

„Also Sie haben mir eine Rolle geschrieben? Das ist farns... Tausend Dank!“

Sie streckte ihm die Hand hin und drückte sie, behielt sie auch in der ihrigen, während sie mit einem „Entschuldigen Sie!“ sich nochmals dem Bühnenvorhang zukehrte. (Fortschreibung folgt.)

intensiver sein, wenn die Verträge nicht abgeschlossen wären.

Abg. Barth (freiz.) beleuchtet eingehend die für die Gesamt-Interessen schädlichen Bestrebungen der Agrarier, welche jetzt zu Gunsten der Großgrundbesitzer das Fortkommen der ländlichen Arbeiter erschweren wollten. Er bekämpft das Bestreben, die Schulden der Grundbesitzer durch eine Verschlechterung des Geldes zu verringern. Das Auktionsrecht des Staatssekretärs v. Marshall mit der Möglichkeit einer Währungsänderung komme beinahe einem Anstossen der Goldwährung gleich, er hofft aber, daß die Bemerkung v. Marshalls nur eine formale Höflichkeit gewesen sei. Sollte es den Agrariern gelingen, durch einen Scheiternlassen des russischen Handelsvertrages einen Döllkrieg herauszubringen, so würde dies die Schwäche der deutschen Regierung erweisen und dieselbe zu ferneren größeren Transactionen mit anderen Nationen unfähig machen und dadurch die Macht des deutschen Reiches schädigen.

Abg. Pfeiffer (Centr.) äußert sich im wesentlichen agrarisch, er protestiert jedoch als Süddeutscher gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises.

Abg. Graf Behr (Reichsp.) ist für eine Änderung des Unterstützungswohnsitzes. Er widerspricht den heiterischen Angriffen auf Russland und den russischen Handelsvertrag.

Abg. Komierowski (Pole) wünscht die Aufhebung des Identitätsnachweises.

Abg. v. Hammerstein (cons.) verteidigt den bekannten hyperagrarischen Standpunkt, er lehnt es ab, die Angriffe des Staatssekretärs v. Marshall auf die „Kreuz-Zeitung“ hier zurückzuweisen. Die „Kreuz-Zeitung“ hier werde es tun.

Morgen folgt die Fortsetzung der Berathung.

— Die Novelle über die Pension der Militärinvaliden ist dem Reichstage zugegangen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 14. Februar. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute zunächst mit der Interpellation Seyffardt über die Verunreinigung des Elbwassers bei Magdeburg.

Handelsminister v. Perlepsch erklärt, eine Besserung sei nur zu erwarten, wenn die Stadt Magdeburg eigene Tiefbrunnen anlege. Die Industriewerke, deren Abflusswässer die Elbe verunreinigen, würden zu Beiträgen heranziehen sein.

Im Laufe der Debatte versichert der Cultusminister Bosse, die Choleragefahr werde durch salzige Abflusswässer der Altwasser eher vermindert als verstärkt.

Das Haus setzte sodann die Berathung des Cultusrats fort.

Abg. Porsch (Centr.) beschwert sich in anderthalb Stunden Rede über die Verleumdung der Parität gegenüber den Katholiken; Residuen des Cultukampfes seien noch vorhanden.

Cultusminister Bosse erwidert, den Katholiken sollen die verfassungsmäßigen Rechte verbleiben, aber confessionelle Gegenseite existieren nun einmal und er würde nöthigenfalls den Kampf nicht scheuen; derselbe würde dann aber mit ehrlichen Waffen geführt werden; doch sei ja der Friede jetzt geschlossen. (Rufe im Centrum: Nur angebahnt!) Die Regierung wolle den Kampf nicht erneuern. Ein Recht auf eine katholische Abtheilung im Cultusministerium müsse er den Katholiken absprechen. Er werde die Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen ausführen.

Nachdem Abg. Heereman (Centr.) sein Bedauern über die Nichtzulassung der krankenpflegenden Orden ausgesprochen, und der Abg. Dasbach (Centr.) den Reder gegen die gestrigen Angriffe des Abg. Richter vertheidigt hatte, wird die Sitzung vertagt.

Morgen folgt die Petition des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen.

Militärccommission.

Berlin, 14. Februar. Der Militärccommission ist zugegangen ein Antrag des Abg. Richter, der die finanziellen Ergebnisse der bisherigen Erörterungen zusammenfaßt.

Der Vorsitzende v. Manteuffel empfiehlt die Vertragung der Berathung.

Staatssekretär v. Maltzahn bemerkt, die Finanzverwaltung sei nicht in der Lage, zu der Richter'schen Zusammenstellung bindende Erklärungen abzugeben.

Abg. Lieber (Centr.) ist gegen die Berathung des Antrages Richter. Abg. v. Stumm (Reichsp.) ist prinzipiell dagegen. Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) erklärt den Antrag für ganz ungewöhnlich, jede einzelne Ziffer sei ansehnbar. Der Referent könnte später die Ergebnisse der Erörterungen in den Bericht aufnehmen.

Abg. Richter beantragt, daß sein Antrag nach Erledigung der Berathung über die gesetzliche Formulierung der Dienstzeit berathen werde. — Nachdem der Antrag Richter betreffend die finanziellen Ergebnisse der bisherigen Erörterungen bis nach Erledigung der Debatte über die Formulierung der Dienstzeit zurückgestellt war, folgte die Specialberathung des Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Abg. Richter beantragt die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen.

Gleichzeitig fordert Abg. Bebel (soc.), den Antrag für alle Truppen zu erweitern.

Abg. v. Bennigsen beantragt: „Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei der Fahne 2 Jahre, in der Reserve 5 Jahre an. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, so lange die Friedenspräsenzstärke nicht unter die in der Vorlage bezeichnete Zahl herabgesetzt wird.“

Abg. Richter erklärt den Antrag v. Bennigsen gleichbedeutend mit einem Aeternat. Gegen letzteres sprechen verschiedenste Gründe.

Abg. v. Stumm ist, ohne sich für die zweite Lösungen binden zu wollen, für den Antrag v. Bennigsen. Letzterer erklärt, das Aeternat nicht einführen zu wollen.

Abg. Richter erklärt, der Antrag Bennigsen verankert gewissermaßen die jetzt bewilligte Präsenzstärke für alle Zeit.

Reichskanzler v. Caprivi erklärt, wie die verbündeten Regierungen zu dem Antrage Bennigsen sich stellen würden, könne erst als Ergebnis der Berathungen festgestellt werden, wenn die angenommenen Anträge vorliegen.

Generalmajor v. Gessler erklärt: Durch die gesetzliche Fixierung der zweijährigen Dienstzeit mache man es einzelnen Parteien schwer oder unmöglich, auf die Vorlage einzugehen. Die Regierung lege den größten Wert auf die Erhaltung der Dispositionenurlauber. Die Träger zahlen, die Dekommissionierwerker

und Lazarethgehilfen sollten nur zwei Jahre dienen; Freiwillige und Jäger der Klasse A. sollten auch ferner drei Jahre dienen können.

Fortschreibung folgt morgen.

Berlin, 14. Februar. Der ehemalige Redakteur des „Vorwärts“, Baake, ist wegen Beleidigung des Ersten Staatsanwalts in Königsberg zu 75 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden.

Schweidnitz, 14. Febr. Die Kunstmöbelfabrik Langer u. Co. wurde heute von einer großen Feuersbrunst heimgesucht. Das im Trockenhouse ausgebrochene Feuer verbreite sich schnell über alle Räume. Der entstandene Schaden ist bedeutend, 100 Arbeiter sind beschäftigunglos.

Hamburg, 14. Febr. Einer Lloyddepesche folge verlautet, daß der deutsche Dampfer „Zanzibar“, von Madagascar über Zanzibar und andere Häfen nach Europa gehend, unterwegs von einem heftigen Orkan heimgesucht sei. Bestärigung der Nachricht steht noch aus.

Fleensburg, 14. Februar. Seit Mitternacht wütet ununterbrochen ein heftiger Schneesturm in Nordschleswig. Die Schneewehe sind stellenweise meterhoch. Große Verkehrsstörungen werden befürchtet.

Leipzig, 14. Februar. Aus ganz Sachsen wird Hochwasser gemeldet. Die Elbe, Elster und Mulde steigen rapid. In Elsterberg stehen große gewerbliche Etablissements unter Wasser. Die Bahnstrecke Oschatz-Zschöllau ist unfahrbare. In Dresden ist der Verkehr am Elbkai eingestellt.

Wien, 14. Februar. Ein Hirtenbrief des Olmützer Erzbischofs Kohn, dem auch Theile von preußischen Schlesiern unterstehen, berührt weder die politischen Fragen, noch die Schulfrage. Er empfiehlt den Gläubigen Duldsamkeit und Verträglichkeit.

Prag, 14. Februar. Hier und in umliegenden Ortschaften ist der Wasserstand gefallen, die Gefahr ist geschwunden.

Brüg, 14. Februar. In Aach striken die Arbeiter auf zwei Schächten der Brüger Bergbaugesellschaft. Die Gesamtzahl der Ausständigen einschließlich der Staatschäfte beträgt nunmehr 2800. Die Ruhe ist nicht gestört.

Bern, 14. Februar. Der Bundesrat beschloß dem Bernehen nach, vom 1. März an für alle eingeführten Waaren, welche je nach Herkunft verschiedenen Zollansätzen unterliegen, also für alle Kategorien, welche durch die Handelsverträge oder Differentialtarife gegenüber Frankreich eine Ver

mehr, als zur Zahlung der Zinsen der öffentlichen Schuld erforderlich ist; bekanntlich zahlt Ägypten 8½ Millionen Zinsen.

Petersburg, 14. Februar. Das heutige Gesetzblatt veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl betreffend die Übergabe sämmtlicher katholischer Kirchenschulen im Reiche an das Ministerium der Volksaufklärung, wobei der katholischen Geistlichkeit die Berechtigung gelassen wird, den Religionsunterricht in den genannten Schulen zu beaufsichtigen.

Helsingfors, 14. Februar. Am Sonnabend verschwand der Director der hiesigen Volksbank, Lindroth, unter Hinterlassung eines Deficits in der Bankkasse, dessen Höhe noch nicht festgestellt worden ist.

Danzig, 15. Februar.

* [Städtische Bauten.] Der vom Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung jetzt vorgelegte Entwurf zum Bauetat pro 1893/94 schließt in Ausgabe mit 360 719 Mk. (bei 28 153 Mk. Specialeinnahme) ab, gegen das Vorjahr etwa 90 000 Mk. mehr. Die Ausgaben im Ordinarium sind um 66 650 Mk. höher, wogegen an einmaligen Ausgaben 57 765 Mk. wegfallen. Für Straßenbauten, namentlich Pflasterungen haben diesmal 38 200 Mk. weniger angesetzt werden können als im vorigen Jahre, wo dafür ca. 100 000 Mk. ausgeworfen waren. Aus den Mehraufzügen sind folgende wesentlichen zu erwähnen: 2800 Mk. für Neubedachung des Artushofes mit holländischen Pfannen, 4637 Mk. für Wiederherstellung des westlichen Giebels der sog. Peinkammer am Stockthurm, 35 000 Mk. für den Bau einer neuen Turnhalle am städtischen Gymnasium, 2650 Mk. für Bauten an der Turnhalle in der Gertrudengasse, 10 500 Mk. für Anbauten bei der Petrischule, 13 500 Mk. für Ausbau des Spritzenhauses auf dem Feuerwehrhofe, 9500 Mk. für eine neue Entwässerungsanlage in der Gasperstraße zu Neusahrwasser, 1000 Mk. für gärtnerische Anlagen in Neusahrwasser, 200 Mk. für Baumpflanzungen in Langfuhr.

* [Zum Bau von Kleinbahnen.] Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass an die kgl. Regierungen bezw. Landräthsämter, Kommunal-Derwaltungen etc. kundgegeben, daß es im Interesse der Landesverteidigung erwünscht sei, den Bau von Kleinbahnen mit 60 Centimeter-Spurweite thunlichst zu fördern. Des weiteren führt der Minister in demselben aus, daß der Staat zwar zur Zeit eine finanzielle Beihilfe weder zu den Vorarbeiten noch zur Ausführung von Kleinbahnen gewähre, dagegen seien die Provinzial- und Communalverbände berechtigt, aus den ihnen überwiesenen Fonds auch Beihilfen zur Förderung des Baues von Kleinbahnen zu gewähren. Da es diesen Verbänden freistehe, die Gewährung von Beihilfen an Bedingungen zu knüpfen, so sei ihnen die Möglichkeit gegeben, die Einführung der 60 Centimeter-Spurweite bei Kleinbahnen in einer den militärischen Interessen entsprechenden Weise überall da zu berücksichtigen, wo nicht erhebliche wirtschaftliche Bedenken dem entgegenstehen. Andererseits befinden sich die Staatsbehörden in denselben Fällen, in welchen sie anregend oder beiräthlich bei der Entstehung von Kleinbahnen mitwirken, in der Lage, auf freiwilliges Entgegenkommen gegen die militärischen Wünsche hinzuwirken.

* [Patent.] Herrn S. Jarecki in Graudenz ist auf eine Vorrichtung zum selbsttätigen Drosseln des Petroleumzufusses für Petroleumgaslampen ein Patent erteilt worden.

S. [Gartenbauverein.] Die General-Versammlung am Montag ertheilte zunächst auf Antrag der Revisoren dem Schatzmeister die Decharge, darauftheilte die Commission für das Glühlingsfest mit, daß für dieses der 25. März in Ausfertigung genommen sei und daß die Feier im Schülensaal stattfinden werde. H. F. Rathke-Praust berichtete hierauf über ein Probeheizen von Kesseln für Warmwasserheizungen, welches am 27. Januar in Berlin vom Verbande der Handelsärzte abgehalten worden war. Es ist mit dieser Veranstaltung der erste Versuch gemacht worden, die Leistungen verschiedener Heizsysteme unter gleichen Bedingungen vorzuführen und somit ein Urtheil über das zur Zeit beste System zu gewinnen. Das Ergebnis dieses ersten Versuches kann selbstredend kein abschließendes sein, indessen bot das Concurrentenheiz eine Fülle des Interessanten und Lehrenden für die zahlreich aus allen Gegenden herbeigeströmten Fachleute, von denen sich über 200 am 28. Januar zu einer mehr als achtstündigen Sitzung vereinigten, um das so überaus wichtige Thema des zweimäßigen Heizens gründlich zu erörtern. Die ausgestellten Kessel erwiesen sich als nahezu gleichwertig, obgleich, wie gesagt, ein bestimmtes Urtheil noch nicht abgegeben werden konnte. Großes Aufsehen erregte ein vom Handelsärztlichen Kaiser-Lindenau-Leipzig vorgeführter Doppelsatzkessel, welcher für geringwertige Heizmaterialien, wie Sägespäne, Tors und Kohlenabfall etc. eingerichtet ist und dasselbe erst vornärmt, bevor es dem Feuer zugesetzt wird. Hierdurch wird der Heizeffekt ganz ungemein gesteigert und das Material möglichst ausgenutzt. Eine lebhafte Diskussion schloß sich an die Mittheilungen des Herrn Rathke. Von demselben Herrn waren auch noch 10 Sorten der für den allgemeinen Anbau wertvollen Apfelsorten in prächtlichen Früchten ausgestellt, von deren Wohlgeschmack sich die Anwesenden überzeugen konnten. Die Sorten waren: Gravensteiner, Ribston's Peggins, Prinzenapfel, die Reineten: Ananas-große Rasself, v. Biorek, v. Blenheim, ferner der Danziger Kantapfel, gesammelter Cardinal (sässer Gravensteiner) und Winter-Gold-Parwane (gew. Goldreine genannt). Letztere Sorte wurde zeitweilig bedingtlos gepriesen, doch verdient sie dieses Lob — trotz vieler unerlegbarer Vorzüge — nicht in jeder Beziehung.

* [Strafhammer.] Unter der Anklage der wissenschaftlich falschen Anschuldigung standen gestern der Althäfer Ferd. Pahlberg und dessen Söhne Karl und Eduard. Karl hat, wie er selbst zugestellt, an den königl. Oberförster zu Stangenwalde einen Brief gerichtet, in dem er verlangt, daß dem Förster Drews, wie er sich ausdrückte, „dessen Treiben endlich gelegt werden solle“. Er behauptete dabei den D. verschiedener pflichtwidriger Handlungen und Begünstigungen. Eduard Pahlberg soll von dem Inhalt dieses Briefes gewußt und trotzdem denselben zur Post befördert haben. Der alte Pahlberg soll der Urheber des Briefes gewesen und auf seine Veranlassung soll der Brief überhaupt verfaßt und abgesandt worden sein. Die Beweisaufnahme war eine sehr umfangreiche. Die Zeugen bestätigten die völlige Unrichtigkeit der gegen den Förster Drews erhobenen Vorwürfe. Der Gerichtshof verurteilte den Verfasser der Eingabe, Karl Pahlberg, zu 2 Monaten Gefängnis. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen, da ihnen ein wissenschaftliches Verhältnis nicht nachgewiesen werden konnte.

Aus der Provinz.

L. Oliva, 14. Februar. Donnerstag, den 16. d. Mts., Abends 7 Uhr, findet in Thiersfelds Hotel ein Wohltätigkeits-Concert statt zum Besten der hiesigen Notleidenden. Zur Aufführung kommen Vocal- und Instrumentalsäcke, ausgeführt von Sopoter Herren und Damen, dem Olivaer Männer-Gesangverein und Olivaer Orchesterverein.

△ Neustadt, 14. Februar. Gestern beging der Rechtsanwalt und Notar Grolp, der älteste Anwalt im Bezirk, welcher fast 40 Jahre am hiesigen Orte amtirt, sein 50jähriges Dienstjubiläum, beglückwünscht von hiesigen und auswärtigen Collegen, sowie von Bekannten und Freunden. Herr Grolp hat früher 25 Jahre hindurch das Amt eines Magistrats-Beigeordneten mit voller Hingabe bekleidet.

In der letzten Sitzung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins kam auch der bekannte Aufruf Ruprecht-Kantern über die Stellungnahme zu der in Bildung begriffenen neuen Wirtschaftspartei zur Verhandlung. Derselbe ist, wie man hört, angenommen und es sind zwei Delegierte in der Person des Herrn v. Gerlach-Miloschewo und Pferdmenges-Rahmel gewählt worden, welche der Verein auf der Berliner Versammlung vertreten sollen.

- L. Garthaus, 13. Februar. Der hiesige Spar- und Credit-Verein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, welcher während seines zweijährigen Bestehens bereits eine segensreiche Thätigkeit entwickelt hat, hielt am vergangenen Freitag seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß der Verein bereits 97 Mitglieder zählt und im verflossenen Jahre 37 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Einnahme beträgt 25 605,71 Mk., die Ausgabe 24 708,74 Mk., so daß ein Bestand von 896,97 Mk. vorhanden ist. Die statutenmäßig durch das Coos bestimmten austreibenden Aussichtsraths-Mitglieder, die Herren Rabow und Teuber, wurden als solche wieder gewählt, und da die Zahl der Aussichtsraths-Mitglieder von 6 auf 9 erhöht wurde, wurden als solche noch die Herren Arzt Dr. Bruski, Kaufmann Lemke von hier und Gutsbesitzer Leo v. Lewinski-Roßkau gewählt.

ph. Dirschau, 14. Februar. Eine von den Antisemiten hier geplante Wählerversammlung ist daran gescheitert, daß kein Saal zum Abhalten der Versammlung zu haben war.

ph. Dirschau, 14. Februar. In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde gestern von Seiten der Rechnungs-Prüfungs-Commission Bericht über die Jahresrechnung pro 1891/92 erstattet. In Betracht der auf dem Löchterchulgrundsüd befindlichen Pumpe, die wiederholt nach kurzem Gebrauch verfaßt hat, wird beschlossen, die Firma in Königsberg aufzufordern, eine gründliche Reparatur vorzunehmen; ferner wird der Magistratsdirigent ermächtigt, über die Instandhaltung der Wege, die als eigentliche Verkehrsstraßen in Folge der Ueberschrüfung eingehen sollen, mit dem Herrn Landesdirektor persönlich zu verhandeln. In nicht öffentlicher Sitzung wurde eine Frage betr. Nebenämter erledigt.

z Pr. Stargard, 14. Februar. Die bei der diesmaligen Reichstagswahl in dem Wahlkreise Dirschau-Berent-Pr. Stargard entfaltete so außerordentlich lebhafte Agitation bietet ein ganz eigenthümliches, hier bisher noch nicht gesehene Bild. Dem einen polnischen Candidaten, Herrn v. Ralkstein-Alonowken, stehen nicht weniger als vier andere gegenüber, nämlich Landschaftsdirector Albrecht-Guzemin (nat.-lib.), Geheimrat Engler-Berent (freicons.), Kaufmann Karl Paesch - Leipzig (Antisemit) und Lithograph Jochem - Danzig (soc.). Die Auswahl für den deutschen Wähler ist also eine sehr große, und die Folge wird natürlich eine gewaltige Zersplitterung sein. Die Aufstellung des Herrn Landschaftsdirectors Albrecht-Guzemin war eine so glücklich gewählte, daß bei der allgemeinen Achtung und Liebe, welche dieser Herr in unserer Provinz und in unserem Kreise im besondern genießt, wohl erwartet konnte, daß dieser Persönlichkeit gegenüber an die Aufstellung anderer deutscher Candidaten nicht gedacht werden würde. Es ist leider anders gekommen, und der 16. Februar wird die Antwort auf die Zweckmäßigkeit dieser so plötzlich und so lebhaft aufgetretenen politischen Bewegung geben.

R. Pr. Stargard, 14. Februar. Die erste diesjährige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung fand gestern statt. In derselben wurde das Bureau in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt: Kaufmann D. Winkelhausen und Kaufmann J. Wolfshain als Vorsitzender resp. Stellvertreter; Gerichtskassen-Controller D. Herr als Schriftführer und C. Boltenhagen als Stellvertreter. Der Vorsitzende machte einen Geschäftsbericht, wonach vorjährig in 10 Sitzungen im ganzen 140 Vorlagen erledigt wurden, darunter für die Stadt recht bedeutungsvolle: die Berathung über eine Wasserleitung und Bewilligung der Kosten für die Vorarbeiten, ferner über den Antrag der Hörerlegung eines königl. Geftüts und Beiträge zum Bau der dritten Provinzial-Irrenanstalt. Der Bau des neuen Schulhauses, welches mit 16 Schulklassen und Zubehör ausgestattet sein wird und 100 000 Mk. kosten soll, wird sehr beschleunigt werden, weil die Nothwendigkeit dazu getrieben hat, daß mehrere Schulklassen in den oberen Räumlichkeiten des Deutschen Hauses untergebracht werden müssen.

Ebing, 14. Februar. (Privattelegramm.) Der Bautechniker Bartels hat sich heute Nachmittag im Stadtbaubureau erhängt.

Ebing, 14. Februar. Seit vielen Jahren sind umfangreiche Versuche mit Kartoffelausgräberflügen gemacht worden, ohne daß es gelungen ist, eine wirklich praktische Maschine, welche für die verschiedenen Bodenarten paßt, zu konstruieren. Jetzt ist es endlich einem bekannten Landwirthe gelungen, eine überraschend praktische und einfache Maschine herzustellen, welche nicht nur sämtliche Kartoffeln aus der Erde hebt, sondern auch sortiert und steinfrei in Körbe wirft. Wie uns das Patentbüro von John Schulz (Cautenburg in Wpr.) mittheilt, ist die Maschine ganz aus Schmiedeeisen und überraschend einfach konstruit, so daß jeder Gutschmied im Stande ist, vor kommende Reparaturen selbständig auszuführen. Mit dieser Maschine ist es den Landwirthen möglich, mit den Gutsleuten allein, ohne fremde Hilfe, die Kartoffeln rechtzeitig aus der Erde zu bekommen. Hoffen wir, daß die Maschine das hält, was von ihr versprochen wird und nicht einen Beitrag zu den vielen mißglückten Constructionen liefert, welche trotz ihrer totalen Unbrauchbarkeit doch wieder von neuem gepriesen werden.

v. Nitkowsky-Bremen und Engelhardt-Konopath, Herzberg-Bankauermühle, Liedke-Koritowo und Böhmfeld-Jungen gewählt. — Im Monat Januar v. J. ist auf dem hiesigen Postamt ein Brief nach Amerika aufgegeben worden. Derselbe ist in diesen Tagen, also nach 13 Monaten, über und über mit Poststempeln bedeckt und mit Anhängseln versehen, als unbestellbar zurückgekommen, nachdem er eine Wanderung durch fast ganz Amerika gemacht hatte. — Vor 4½ Jahren haben Bewohner von hier und aus der Umgebung an das Reichsbank-Directorium die Bitte gerichtet, hier eine Zweigstelle der Reichsbank zu errichten. Diese Bitte wurde damals nicht erfüllt, weil die Bedürfnisfrage verneint wurde. Die hiesige Stadt zählt 7000 Einwohner, hat einen erheblichen Eisenbahn- und Schiffs-Verkehr und befindet sich in ähnlichen Verhältnissen, wie Städte, in denen Zweigstellen der Reichsbank bereits bestehen. Petenten haben sich nun abermals mit ihrer Bitte an das Reichsbank-Directorium gewendet.

K. Thorn, 13. Februar. In der Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins Thorn am Sonnabend berührte Herr Reibel-Tolson die Freigabe der Einfuhr von polnischen Schweinen in das Thorner Schlachthaus. Herr A. machte die Bemerkung, es seien dem hiesigen Schlachthaus Schweinetransporte zugeführt worden, bei denen Alauenseuche festgestellt worden ist. Die Angaben des Herrn A. sind sofort widerlegt, es wurde darauf hingewiesen, daß die polnischen Schweine an der Grenze thierärztlich untersucht würden, daß die Thiere vom Bahnhof nach dem Schlachthause in verschlossenen Wagen befördert würden und dort so schnell wie möglich zur Abschlachtung kommen. Durch diese Thiere könne die Alauenseuche nicht Verbreitung finden. Schweine, die von der Alauenseuche befallen waren, sind dem Thorner Schlachthause bisher nicht zugeführt worden. Hier kommen jetzt wöchentlich durchschnittlich gegen 1000 polnische Schweine zur Abschlachtung und doch kostet das Pfund dieses Fleisches, das beliebteste Nahrungsmittel unserer arbeitenden Bevölkerung, noch immer 50 Pf. Was würde wohl das Pfund kosten, wenn die befrankte Einfuhr polnischer Schweine nicht gestattet wäre?

* Der Ober-Steuercontroleur Voigt in Mohrungen ist in gleicher Eigenschaft nach Calbe a. Saale versetzt, der Ober-Steuercontroleur Conert in Borsigkovo zum Ober-Steuercontroleur in Mohrungen ernannt.

Nautischer Vereinstag.

* Am Montag wurde in Berlin im Kaiserhofe der diesjährige Vereinstag der deutschen nautischen Vereine eröffnet, dem im Auftrage des Reichsamts des Innern der Geh. Ober-Regierungsrath v. Woedke, für das Reichs-Marineamt der Capitän i. G. Mensing, für das Handels-Ministerium der Geh. Ober-Regierungsrath von der Hagen und für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten der Geh. Baurath Dresel bewohnt. Unter den Anwesenden befanden sich ferner der hanseatische Gesandte Dr. Strüger, der Bürgermeister von Hamburg Dr. Versmann und der Director der Geomarke, Geh. Admiraltätsrat Dr. Neumayer. Auch Mecklenburg hatte einen offiziellen Vertreter entsandt. Den Vorsitz führte der Geh. Commerzienrat Sartori-Aiel. Am Montag beschäftigte sich der Vereinstag vornehmlich mit dem Bericht über die Wirksamkeit des Vereins in den letzten 2 Jahren, aus dem wie gestern Abend bereits das Wesentlichste mitgetheilt haben. Die Versammlung trat dann in eine Besprechung der Invaliditäts- und Altersversicherung für Seeleute ein.

Am Dienstag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Über diese Sitzung ging uns gestern Nachmittag folgendes Telegramm zu:

Berlin, 14. Februar. (Privattelegramm.) Im deutschen nautischen Verein theilte heute Geheimrat Donner mit, eine neue kaiserliche Verordnung zur Verhütung von Seeunfällen werde, mit den Washingtoner Beschlüssen übereinstimmend, auf Entsendung zweier städtischer Beamten nach Berlin zur Besichtigung der dortigen Desinfectionen-Einrichtungen. — Bewilligung a. von Kosten für die staatliche gewerbliche Fortbildungsschule. — b. der Kosten zur Erneuerung eines Dampfbagger-Kessels. — c. von Entschädigungen für abgetretenes Terrain. — Absetzung eines abgelösten Kanons. — Erste Leitung des Armen-Clats pro 1893/94.

ist höher als im September 1890 und beträgt bei Welltrus 7½ Meter über der normalen Höhe. (W. T.)

Schiffsnachrichten.

Helsingör, 11. Februar. Der Dampfer „Holland“, aus Kopenhagen, sitzt im Eise unter der schwedischen Küste nördlich von Helsingborg fest. Dem Dampfer „Christian“, aus Tönning, von England nach Tüborg bestimmt, welcher Friedrichshaven binnen gewesen ist, gelang es gestern Nachmittag einen Hafen zu erreichen.

Newyork, 10. Februar. Die Brigg „Elie Carter“ ist bei Belmec Barnegat gestrandet; Mannschaft gelandet. Das Schiff liegt auf der Seite und ist voll Wasser.

Newyork, 13. Februar. (Tel.) Der Hamburger Postdampfer „Dania“ ist von Hamburg kommend, gestern Abend hier eingetroffen.

Havana, 31. Januar. Die deutsche Bark „Louise“ von Barbadoes, ist weitewit „Nueitas“ gestrandet.

Standesamt vom 14. Februar.

Berburien: Bureau-Direktor Eugen Worgitschi, X. Conditor Gustav Braun, S. — Schmiedegeselle Wilhelm Mahrlich, S. — Unchel: 2 L.

Aufgebote: Kaufmann Hans Kurt Loubier hier und Martha Pauline Ottilie Hartwig in Bülow. — Arbeiter Johanna Salomon Tieckoll und Witwe Therese Florentine Quandt, geb. Lehmann. — Kellner Ernst Emil Winkler und Witwe Bertha Wilhelmine Olschewski, geb. Bokmakowski. — Arbeiter Friedrich Röhr in Rimmersdorf und Maria Kaiser daselbst.

Todesfälle: Pfarrer Mag. Großkopf, 49 J. — Frau Karoline Elisabeth Vorburgh, geb. Klein, 63 J. — Witwe Konstantia Seisbod, geb. Pöhl, 83 J. — S. d. Bäckermeisters Wilhelm Sohn, totgeb. — Z. d. Arb. Karl Juliane, 10 W. — Frau Emilie Gierschinski, geb. Wirtschaft, 40 J. — Rüfcher Karl Wenzel, 31 J. — Z. d. Fleischermeisters Ernst Wittenberg, 5 J. — Z. d. Steuerauftellers Gustav Diener, 12 J. — Unchel: 1 G.

Stadtverordneten-Versammlung

am Freitag, 17. Februar 1893, Nachmittags 4 Uhr.

Tages-Ordnung.

A. Deßentliche Sitzung.

Mittheilung des Geschäftsberichts des Danziger Hypotheken-Vereins für 1892. — Pachtverlängerung in Bezug auf Fischereiinheiten. — Regulirung von Dienstverhältnissen. — Annahme einer Erbschaft. — Antrag auf Entsendung zweier städtischer Beamten nach Berlin zur Besichtigung der dortigen Desinfectionen-Einrichtungen. — Bewilligung a. von Kosten für die staatliche gewerbliche Fortbildungsschule. — b. der Kosten zur Erneuerung eines Dampfbagger-Kessels. — c. von Entschädigungen für abgetretenes Terrain. — Erste Leitung des Armen-Clats pro 1893/94.

B. Richtigöffentliche Sitzung.

Wahl a. von Mitgliedern für die Abschätzung von Kriegsleistungen. — b. von Schiedsmännern. — c. von Armen-Commissionärsmitgliedern.

Danzig, 14. Februar 1893.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung Steffens.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, 14. Februar. (Abendblatt.) Österreichische Creditinien 276, Franzosen 82½, Lombarden 97,50, Griechenland 40, 4% Goldrente, — Tendenz: Fest.

Paris, 14. Februar. (Schluhsourse.) 3% Amortis. Rente 98,70, 3% Rente 98,30, ungar. 4% Goldrente 96,75, Franzosen 648,75, Lombarden 223,75, Türken 22,32½ Ägypten 100,30, Tendenz: fest (Feiertag).

Heute um 3½ Uhr Nachmittag starb nach längerem Leid mein vielgeliebter Mann, unser guter sorgfältiger Vater, Großvater, Urgroßvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Königliche Hegermeister a. D.

Eduard Michel,
in seinem 77. Lebensjahr.
Dieses seien liebsterblan
Die trauernden hinter
bliebenen.

Die Beerdigung findet am
Sonnabend, d. 18. d. M.,
10 Uhr Vormittags, vom
Trauerhaus Kettelerhager
Gasse Nr. 3 aus statt.

Berüptet.

Am 28. Januar d. J. entschlief
in Bialystok nach langem schweren
Leiden unsereheure, gute Mutter,
Großmutter, Schwiegermutter u.
Schwester, Frau

Helene Hardt,
geb. Tillinge,
im 67. Lebensjahr. Um stille
Teilnahme bitten (4813)
Die hinterbliebenen.

Am 12. d. Mts., Mittags 1 Uhr,
entschlief nach langem schweren
Leiden im 39. Lebensjahr mein
einig geliebter Mann, mein
einiger Sohn, unter lieber Bruder,
Schwager und Onkel, der
Schutzmutter der Kaiserl. Werft

Gustav Dreher.
Die tiefebeugte Witwe
A. Dreher.

Die Beerdigung findet Donnerstag,
Nachmittag 3 Uhr, auf dem
hiesigen Militärkirchhof statt.

Stedbriefs-Urledigung.
Der hinter dem Amecht Johann
Labuda unter dem 22. November
1892 erlaßene Stedbrief ist erledigt.

Neustadt Wpr., 10. Februar 1893.
Königl. Amtsgericht II.

Bekanntmachung.
In das hiesige Gesellschaftsregister ist bei Nr. 13 betreffend
die Firma Herfeld u. Victorius
hier in Kol. IV heute eingetragen,
daß in die Gesellschaft der Kaufmann
Leo Victorius hier als
dritter Gesellschafter mit gleichen
Rechten aufgenommen ist.

Zugleich ist bei Nr. 43 des
KaufmannsRegisters die Prokura des
Kaufmanns Leo Victorius für
die genannte Firma gelöst worden.

Graudenz, 11. Februar 1893.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
In dem am 19. August 1892
publizierten wechselseitigen Zelfa-
ment der Haushälter Albert und
Marie Schuhai'schen Eheleute
hierelbst ist den Kindern des
verstorbenen Arbeiters Joseph
Schuhai aus Lanken bei Dr.
Friedland ein Legat von 400
Schalen ausgelegt. Hieron
werden die Marie u. Albertine
Schuhai, deren Auf-
enthalt unbekannt ist, in Kennt-
nis gesetzt.

Bromberg, den 8. Februar 1893.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
In dem am 19. August 1892
publizierten wechselseitigen Zelfa-
ment der Haushälter Albert und
Marie Schuhai'schen Eheleute
hierelbst ist den Kindern des
verstorbenen Arbeiters Joseph
Schuhai aus Lanken bei Dr.
Friedland ein Legat von 400
Schalen ausgelegt. Hieron
werden die Marie u. Albertine
Schuhai, deren Auf-
enthalt unbekannt ist, in Kennt-
nis gesetzt.

Bromberg, den 8. Februar 1893.
Königliches Amtsgericht.

Kaufmann Julius Marx'cher
Concours von Neumark Westpr.
nach Schlusstermin aufgehoben.
Neumark Westpr.,
den 6. Februar 1893.

Königliches Amtsgericht.

Concours-Lager.
Das zur Naumann'schen Con-
coursmasse gehörige Gold-, Silber-
und Bijouterie-Lager soll am

11. März d. J.,
Vorm. 10 Uhr,
in meinem Bureau en bloc gegen
Baarsatzung verkauft werden.

Preis 5000 M.
Befestigung zu jeder Zeit.

Marienburg Westpr.,
den 12. Februar 1893.

Benz,
Rechtsanwalt.

Bekanntmachung.
Zur Verpachtung der Chaussee-
derbahn auf den der Stadt
Thorn gehörigen vier Chaussee-
strecken, nämlich der sogenannten
Bromberger-

Culmer-
Lissommer- und Chaussee

Leiblischer-
auf 3 Jahre, nämlich auf die
Zeit vom 1. April 1893 bis
1. April 1896, eventuell auch
auf ein Jahr, haben wir einen
neuen Licitationstermin auf

Montag, den 27. Februar d. J.,
Nachmittags 11 Uhr,

im Amtszimmer des Hrn. Glad-
kämmerers - Rathaus I Treppen-
anberaumt, zu welchem Pacht-
bewerber hierdurch eingeladen

werden.

Die Bedingungen, von welchen
gegen Copialien Abdrückten er-
theilt werden, liegen in unserem
Bureau I vor. Einheit aus.

Jede Chaussee wird besonders
ausgeboten.

Die Bietungscaption beträgt:
für d. Bromberg-Chaussee 600 M.

- Culmer- 600
- Lissommer- 600
- Leiblischer- 1000

Thorn, den 10. Februar 1893.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Der Neubau des hiesigen Schul-
hauses soll öffentlich ausgetragen
werden. Dazu haben wir einen

Termin auf
Montag, den 27. Februar d. J.,

Nachmittags 2 Uhr,

im Gaßthause des Hrn. Zube in
Wohlaff anberaumt und laden
Bauunternehmer zu demselben

hermit ein.

Der Kostenanschlag und die
Zeichnungen können bei dem

Lehrer Herrn Rath hierelbst ein-
gelehen werden. Derselbe ist auch
bereit. Abrechnungen davon gegen
angemessene Entschädigung abzu-
geben.

(4557)

Die weiteren Bedingungen wer-
den im Termine bekannt gemacht

werden.

Landau (Kreis Danziger Niede-
rung), 10. Februar 1893.

Der Schulvorstand.

26. Kölner Dombau Geld-Lotterie (Ziehung am 23. Febr. er. u. folgende Tage).

Hauptgewinn 75 000 Mk. baar ohne Abzug.

Originalloose à Mk. 3,00, Anteile 1/2 Mk. 1,75, 1/4 Mk. 1,

1/2 Mk. 17, 1/4 Mk. 9.

Beteiligung an 100 Nummern (je einer der folg. 3 Serien):

Serie I. No. 30551—75 No. 30576—600 No. 30601—25

” 209576—600 ” 209551—75 ” 209676—700

” 218101—25 ” 218001—25 ” 218026—50

” 231026—50 ” 231001—25 ” 231026—50

1/100 Mk. 5, 1/50 Mk. 9,50, 1/25 Mk. 18,50.

An allen 3 Ser. 1/100 Mk. 14,50, 1/50 Mk. 28,50, 1/25 Mk. 55,50.

Porto und Liste 30 Pfg.

Letzte diesjährige Weseler Geld-Lotterie

Hauptgewinn 90 000 Mk. baar ohne Abzug.

Originalloose à 3 Mk., Anteile 1/2 Mk. 1,75, 1/4 Mk. 1,

1/2 Mk. 18,50, 1/4 Mk. 9. (Porto u. Liste 30 Pfg.)

Emanuel Meyer jun., Bankgeschäft,

Berlin C., Stralauerstr. 54.

Bestehen d. Geschäfts seit 1871.

Der Kandidat für die am 16. Februar stattfindende

Reichstagswahl der Kreise Berent-Dirschau-Pr. Stargard ist

herr Geh. Regierungsrath

Engler-Berent.

Der Westpreußische Wahlverein.

Ein Geschäftshaus,

in der lebhaftesten Straße der Stadt gelegen, in welchem seit 29

Jahren ein Loh- und Herren-Garderoben-Geschäft betrieben wird,

ist wegen vorgerückten Alters des Inhabers zu verkaufen.

Näheres bei Adalbert Meyer, Elbing. (4722)

Strombaumaterialien.

Zur Swine-Regulirung soll die

Lieferung von:

1. 4200 cbm Ginkstücksteine,

2. ca. 5700 cbm Pfastersteine

und

3800 cbm Ziegelbrocken

oder groben Kies,

b) 2000 cbm Ginkstücksteine

c) 1400 cbm Schüttsteine

angeboten sind versiegelt, post-

frei und mit entsprechender Auf-

schrift versehen bis zum 10. März

1893, an den Unterschieden ein-

einzelnen und zwar zu 1 bis

10/2 Uhr, zu 2a, b, c bis 11 Uhr

Nachmittags.

Angaben sind versiegelt, post-

frei und mit entsprechender Auf-

schrift versehen bis zum 10. März

1893, an den Unterschieden ein-

einzelnen und zwar zu 1 bis

10/2 Uhr, zu 2a, b, c bis 11 Uhr

Nachmittags.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

Herrn Rannenberg, hierelbst eingesehen werden.

Die Zeichnungen und Kosten-

anschläge können bei dem Lehrer

</